

# Platz abbeck

Nr. 4, April 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## ■ Editorial

Die vierzehnte Kalenderwoche war sehr ereignisreich. Dienstags wurde im Rat der Haushalt für das Jahr 2001 verabschiedet. Alle Fraktionen, auch die PDS/OL-Gruppe, haben in Form von Haushaltsreden ihre Standpunkte dargelegt. Während den Fraktionen jeweils 45 Minuten Redezeit zugestanden wurde, wurden uns nach langem Hin und Her gerade mal 15 Minuten bewilligt. Wir mussten also das Kunststück vollbringen, unsere diversen Kritikpunkte an dem vorgelegten Haushaltsentwurf und unsere politisch-gestalterischen Vorstellungen in nur 15 Minuten vorzutragen.

Wir mussten uns mit unseriösen Gewerbesteuerprognosen der CDU auseinandersetzen, aber auch die Interessen der sozial Schwachen in Köln vertreten. Des Weiteren haben wir eigene Akzente in den Bereichen Sozialpolitik, Stadtentwicklung, Verkehrspolitik, Antirassismus und Gleichstellungspolitik gesetzt.

Zum Schluss der Rede forderten wir den Rat erneut auf, uns endlich Sachkundige Einwohner zuzugestehen. Nun steht nach langer Hinhaltenaktik die Entscheidung fest. Die Fraktionsvorsitzenden haben auf ihrer letzten Sitzung die Bestellung von Sachkundigen Einwohnern durch die PDS kategorisch abgelehnt. Diese Entscheidung wird nicht verhindern, dass wir unsere Oppositionsarbeit in der bisherigen Form weiterführen werden. Wir bitten alle Leserinnen und Leser uns dabei durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen zu unterstützen.

Donnerstags wurde dann in einer weiteren Ratsitzung ein neuer Stadtkämmerer gewählt. Dabei drückte die CDU eines ihrer Parteimitglieder als Stadtkämmerer durch. Grund genug für uns seine Arbeit wie die der gesamten Verwaltung kritisch zu begleiten.

Viel Spaß beim Lesen! Bis zum nächsten Mal!

Eure Sengül Senol!

## Unsozialer Haushalt 2001 verabschiedet

Sengül Senol, Sprecherin der PDS, kritisierte in ihrer Rede den Haushaltsentwurf für das Jahr 2001

### Sozialpolitik

Im Mittelpunkt der Vorstellungen der CDU steht wieder einmal der Kampf gegen die Sozialhilfeempfänger. Durch Zwangsarbeitsmaßnahmen sollen die Fallzahlen bei der Sozialhilfe reduziert werden. Dazu schlug sie eine massive Kürzung des Sozialhilfeetats vor. Sengül Senol verwies auf die Erfahrungen der letzten Jahre:

In der Vergangenheit konnte das Programm Arbeit für Köln den Anstieg der Sozialhilfe allenfalls bremsen. Bereits für das letzte Haushaltsjahr hat das konservativ-liberale Bündnis aus der CDU und FDP geglaubt und gehofft, den Sozialhilfeetat um 17 Millionen DM kürzen zu können. Sie haben mit dieser Erwartung eine herbe Bauchlandung machen müssen. Die tatsächlichen Ausgaben überschritten den damaligen Haushaltsansatz um 10 Millionen DM. Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass jetzige Mehrheitsgrup-

perungen so dreist sein können, und schon wieder gegen jede Vernunft versuchen, eine massive Reduzierung des Sozialhilfeetats herbeizureden.

Weiterhin wies Sengül Senol auf den fehlenden Beschäftigungseffekt von Arbeitszwangsmaßnahmen hin. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass nur ein Bruchteil den Sprung in einen regulären Beschäftigungsverhältnis schafft. Senol mahnte an, dass eine verantwortungsvolle Sozialpolitik den Hilfeempfängern eine wirkliche Perspektive in Form von Qualifizierungsmaßnahmen anbieten muss.

### Privatisierung

Dazu führte Sengül Senol aus:

Wohl die Unseriosität ihrer Vorschläge erahnend, versuchen die Mehrheitsfraktionen teilweise nebulös, teilweise konkret die neoliberalen Keule der Privatisierung zu schwingen. Man will städtische Grundstücke verhökern, aber auch die städtische Wohnungsgesellschaft Grund und Boden. Sie soll an die GAG ausgelagert werden. ... Die Mehrheitsfraktio-

Poller Sprudel: Schneller als der Pegel im Rheingarten kündigt diese „Quelle“ alljährlich vom nahenden Frühjahrs-hochwasser. Das Grundwasser aus dem Bergischen staut sich hier vor den steigenden Fluten und drängt auf die Poller Wieser vor dem DLRG-Haus.  
Foto: breu



nen sollten sich bewusst sein, dass sie bis 2004 die Verantwortung für diese Stadt übernommen haben. Das berühmte Tafelsilber, Herr Bietmann, kann nur einmal verscherbelt werden! ...

Inakzeptabel ist es, dass sich die Grünen in diese neo-liberale Politik einbinden lassen. Privatisierungen führen auf jeden Fall mittelfristig zu Arbeitsplatzabbau und damit zu Entlassungen von Mitarbeitern....Daher lehnen wir jede Art von Privatisierung rundweg ab. Damit sehen wir uns an der Seite der Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den städtischen Betrieben.

## Sozialhilfeempfänger als Ordnungshelfer

Ein weiterer Schwerpunkt der CDU-FDP Vorstellung ist die Einrichtung eines Ordnungshelferdienstes. Mit immensen finanziellen Aufwand sollen 20 Hilfeempfänger im Rahmen einer ABM-Maßnahme bei den Bezirksämtern als Ordnungshelfer Dienst tun. Dies kritisierte Sengül Senol:

In Anbetracht der geringen Anzahl von Stellen wird niemand ernsthaft von Beschäftigungsimpulsen ausgehen ... Nach Absolvierung eines nur zweiwöchigen Crash-Kurses werden die Ordnungshelfer in einen rechtsunklaren Bereich geschickt. Dieses Verhalten ist verantwortungslos. Es provoziert Überschreitungen der Handlungskompetenzen der Ordnungshelfer..

## Sanierung der Schulen

Bekanntlich befinden sich in Köln die Schulen in einem katastrophalen Zustand. Statt alle Anstrengungen auf eine unverzüglichen Sanierung zu richten, fordert die CDU für die Reinigung der Grünanlage eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel. Insoweit führte Sengül Senol in ihrer Rede aus:

Es ist den Schülern und Lehrern nicht zumutbar, bis zum Sankt-Nimmerleins Tag auf eine flächendeckende Verbesserung ihrer Situation zu warten ... Genau wie die Schulpflegschaften, so fordern auch wir, mit einem Fünfjahresplan den Weg aus der Schulmisere. Dafür müssen in diesem Jahr als erste Etappe die Haushaltsansätze auf 50 Millionen aufgestockt werden.

## Stadtentwicklung

Sengül Senol kritisierte nicht nur die Vorschläge der CDU, sondern machte auch politisch-gestalterische Vorschläge. Das Gebiet Mülheim-Nord wird seit 1994 saniert. Die Wohnqualität wurde verbessert, allerdings wurden auch viele Arbeitsplätze abgebaut.

Mülheim ist gegenwärtig einer der

Stadtteile mit den höchsten Arbeitslosenraten in Köln ... Daher muß das primäre Ziel weiterer Sanierungstätigkeit die Stärkung der sozialen Struktur in diesem Stadtteil sein...Mülheimer Bürgerinitiativen fordert für innovative Hilfeempfänger Bereitstellung von Grund und Boden, möglichst als Erbpacht, Überlassung von sanierungsbedürftigen Gebäuden für kleine und handwerkliche Betriebe und sonstige Selbsthilfeprojekte... Wir erklären uns mit den Forderungen der Mülheimer Bürgerinitiativen solidarisch ... Durch die Vorschläge der Bürgerinitiativen können die Ziele der lokalen Agenda 21 verwirklicht werden, für deren Stärkung wir uns einsetzen.

## Verkehrspolitik

Dazu Sengül Senol:  
Wir von der PDS/OL wenden uns gegen jegliche mittelfristigen Bestrebungen der konservativ-liberalen Mehrheitsfraktionen, die KVB zu privatisieren oder zu zerschlagen... Gleichzeitig wenden wir uns gegen die im vorliegenden Haushalt zu beobachtende Prioritätsverschiebung weg vom ÖPNV, hin zum Individualverkehr. Die CDU fordert insbesondere eine Steigerung der Ausgaben für die Fahrbahnunterhaltung in Höhe von 4,5 Millionen DM. ... Wir fordern die Rückbesinnung auf eine Verkehrspolitik, die dem Menschen wieder Vorrang vor Kraftfahrzeugen einräumt.

## Antirassismus und Gleichstellungspolitik

Auf Anfrage der PDS musste die Verwaltung eingestehen, dass die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten in Köln um 80% zugenommen hat.

Sengül Senol forderte in ihrer Haushaltsrede:

Als Rat müssen wir dabei unserer Verantwortung gerecht werden. Wir fordern diesbezüglich die Verstärkung präventiver Maßnahmen. Insbesondere die Lehrerfortbildung muss verstärkt werden. Außerdem müssen die Arbeit von Sozialarbeitern und antirassistischen Projekten gefördert werden, insbesondere die Dokumentationsstelle gegen Rechtsextremismus. Eine Antidiskriminierungsbeauftragte muss endlich bestimmt werden ... Für eine zeitgemäße interkulturelle Arbeit reicht das bereits 1977 entwickelte Maßnahmeprogramm zur Integration aller Zuwanderer nicht mehr aus. Es bedarf zur Integration einer stärkeren Einbindung der Migranten in die politischen Entscheidungsprozesse ...

Der Ausländerbeirat hat nur geringe rechtliche Kompetenzen, und seine finanziellen Mittel sind nur sehr begrenzt ... Insoweit fordern wir eine Aufstockung der finanziellen Mittel für den Ausländer-

beirat.

Auf unsere Anfrage im Sozialausschuss zur Stellung der Aleviten in Köln antwortete die Verwaltung folgendermaßen: Die alevitische Lehre wird ebenso wenig wie der Islam an Kölner Schulen unterrichtet. Dies entspricht nicht der Realität. An zahlreichen Schulen gibt es islamischen Unterricht, die alevitische Lehre wird nicht berücksichtigt. Von diversen alevitischen Zentren wird nur eins unterstützt, obwohl in Köln nach Verwaltungsangaben 20.000, nach diesseitiger Schätzung über 60.000 Aleviten leben. Wir fordern die Einführung der alevitischen Lehre an den Schulen.

Darüber hinaus forderte Sengül Senol die Ausweitung von Pilotprojekten für muttersprachlichen Unterricht an Kölner Schulen auch auf die Sprachen Kirmanc – Zaza und Kurmanci – Kurdisch.

Weiterhin beklagte Sengül Senol, dass im vergangenen Jahr 2000 Menschen aus Köln abgeschoben worden sind. Sie forderte ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge, die seit vielen Jahren in Köln leben, sowie eine Verbesserung ihrer Lebenssituation.

## ■ Dirnen in Köln:

# Weder toleriert noch akzeptiert

Immer wieder als veröffentlichte Meinung köln-typisch vermarktet: weltoffen, liberal, kunterbunt, tolerant, mit einem Wort eben – Köln. Aber weit gefehlt! Was da am letzten Märztag mittags auf der Neusser Straße in Nippes zu hören und zu lesen war, das war alles andere als kölntypisch. Aufgewiegelt von ihren Sportfunktionären waren etwa 1.500 „Fans“ der drei dem künftigen Straßenstrich benachbarten Vereine auf dem Marsch zur Städtischen Realschule, um dort auf einem Bürgerforum gegen die Verlagerung des Straßenstrichs von der nördlichen Innenstadt zum Molenkopf im Niehler Hafen (vgl. Platzjabbeck 3/2001, S.4) zu demonstrieren.

Vorab und fair gesagt: CDU-OB Schramma, der nun „parteilos“ seine Verwaltung rechtfertigen musste, hatte einen schweren Stand, den niemand seiner Koalitionspartner teilen mochte. Seine CDU-Fraktion blieb kurzerhand fern, die Grüne Barbara (Moritz) verließ eilig den Saal voreilig, SPD-Tante Dörte (Gerstenberg) fühlte sich offenbar beim Kaffeeklatsch und FDP-Onkel Houben blieb kraftlos. Die Gegner waren in einer Mehrzahl, die alle Pro-Standpunkte geradezu niederbrüllte. Vergeblich versuchte der

### ■ Nippes

## Der Antrag riecht nach Benzin

Die Neusser Straße, die Hauptstraße von Nippes ist für die Bezirksvertretung immer wieder ein Thema und eine lebendige Diskussion wert. Dies war auch in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung nicht anders. Auch keine Seltenheit in der Bezirksvertretung ist die Diskussion um Parkplätze.

Diesmal wurde in Kombination diskutiert, es ging um die Parkplatzsituation auf der Neusser Straße. Es wird niemanden wundern, der Antrag auf kostenloses Kurzzeitparken auf der Neusser Straße kam von der CDU. Geht es nach den Konservativen, wird das Konzept Kurzzeitpar-

ken, wie es auf der Severinstraße praktiziert wird, auf die Neusser übertragen. Der Union scheint es gleich zu sein, dass das Ergebnis der Studie bezüglich des Kurzzeitparkens auf der Severinstraße zu dem Ergebnis „außer Spesen nichts gewesen“ kommt. Die Situation auf der Severinstraße hat sich weder für die Geschäftsleute noch für die Autofahrer geändert. Nur Einnahmeverluste sind entstanden. Dementsprechend wurde der Antrag von SPD, Grüne und PDS/OL-Vertreter abgelehnt.

Ein anderer nach Benzin stinkender Antrag, kommt von der SPD und den Grünen. Dieser Antrag beabsichtigt die Öffnung weiterer Parkplätze in den Abendstunden auf der Neusser Straße. Die Grünen haben mit diesem Antrag den Weg einer ökologischen Verkehrspolitik verlassen. Seit ihrer Existenz vertritt die grüne Partei die richtige These, dass mehr Stra-

ßen auch mehr Autoverkehr nach sich ziehen. Dies gilt auch für Autoparkplätze. Einzig die PDS in der BV lehnte diesen Antrag ab. Bezirksvertreter Michael Weisenstein machte in seinem Redebeitrag darauf aufmerksam, dass eine Politik pro Auto zwangsläufig in die Sackgasse führt. Die Politik für die Autolobby reduziert die Lebensqualität der nicht autofahrenden Bevölkerung

Nicht nur inhaltlich ist die Verabschiedung dieses Antrages falsch, es ist auch ein merkwürdiges Demokratieverständnis, dass dieser Antrag in der BV verabschiedet worden ist, obgleich ein von der BV ins Leben gerufener runder Tisch zu diesem Thema nicht gehört worden, ja, nicht einmal über den Antrag in Kenntnis gesetzt worden ist. Hier stellt sich die Frage, wozu solche runden Tische geschaffen werden, wenn über die Köpfe der Teilnehmer entschieden wird. Die Ausrede, man habe die Beteiligung vergessen, kann nicht gelten, zumal die PDS/OL in aller Deutlichkeit auf die fehlende Verfahrensbeteiligung des runden Tisches aufmerksam gemacht hat.

MW



Die Versammlungsteilnehmer ließen es an Polemik nicht fehlen.

Versammlungsleiter, OB Schramma, mit seiner Männerriege (sieben zu eins) das Ruder umzureißen. Er schaffte es nicht. Auch die einzige überaus kompetente Person auf der Hochbühne, die eigens und ausgerechnet von der Römisch-Katholischen Kirche bestimmte Hurenbeauftragte und weibliche Frau, Angela Wiedenau vom Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF, richtig: SRKF) der Caritas, vermochte es nicht, gegen die widerlichen und - man höre auf - völlig unchristlichen Standpunkte der Fans aus dem Sportlager. Die SportlerInnen im Saal: unsportlich, unfair. Der Jugendsport dagegen: sportlich, fair. Ihre WortführerInnen fühlten sich nicht durch den Straßenstrich in ihrer Nähe bedroht, hatten sie doch seit Jahrzehnten den Schwulenstrich und Homstrand vor dem Cranachwäldchen „vor

die öffentliche Bekanntgabe der Verwaltungsentscheidung für den Molenkopf vom 8. Januar 01 als „unerträgliche Urteilsverkündung“ vor der Presse.

Wem dieses Urteil galt, ließ er nicht offen. Nicht den „Damen“, wie er höhnisch immer wieder die berufstätigen Frauen niedermachen wollte, sondern den drei Sportvereinen galt der „Spruch“ aus dem Rathausurm. Und immer von „Damen“ war die Rede, niemals von Frauen. Auch nicht von Männern, die doch die eigentlichen Kunden als „Freier“ dieser Frauen sind, geschweige denn von den sechs (Sex-) „Männern“ auf dem Nippeser Podium, die da mit süffisantem Unterton als potentielle Kunden „ihren Damen“ das Wort redeten. Kurz-um: die betroffenen Frauen blieben im Saal stumm, weitgehend unerkannt und unberührt. Schade,

Augen“. Anmache, Abmache und Ausmache war ihnen als Heteros eher egal. Und dennoch: Vom Podium hetzte der Vorsitzende vom Hockey- und Tennisclub Schwarz-Weiß, Lenz, zusammen mit SPD-Bezirksvorsteher Schössler gegen die Strichverlegung in ihren Stadtbezirk und schalt

dass niemand seine Abneigung, Abscheu, aber auch sein Mitleid, Mitgefühl, unmittelbar an diese Frauen richten konnte, gegen die sich eigentlich die Demonstration wandte. Eine Hurendemo muss unbedingt her und politisch ermutigt werden!

Es blieb darum wieder einmal bei der Projektion von Vorängsten gegenüber dem Feindbild „Verwaltung und Politik“. Eine Frau aus dem Viertel verstieg sich gar dazu, dem „Nuttens-Pack“ müsse der Garaus gemacht werden. Sie erhielt frenetischen Beifall. Und immer wieder: „Alle wollen, dass den Frauen geholfen wird“, so Bezirksvorsteher Schössler, scheinheilig und populistisch. Und auch: „Zuhälter Schramma“. Wo ist da noch Fairness???

Ach ja, die jugendlichen Fans: man kann sie nur einfach sportlich favorisieren. Auf ihnen liegt die Hoffnung. Hören wir auf sie, trotz Sport-Funki Lenz und seiner uncoolen Crew: „Ich bleib auf meinem Strich“; „Mein Alter freut sich insgeheim darauf“; „Mich können die Schwarz-Weiß-Stricher mal“; „Da bleib ich eh cool“; „Peter geht doch rüber zu den Boys“, „Ich bestimme, mit wem und wie ich Sex haben will“, „Ich hab ein Sportziel“; Antworten, die hoffen lassen.

Achtzehn Standorte in Köln wurden durch einen Arbeitskreis beurteilt: bis auf den Molenkopf im Niehler Hafen waren alle anderen untauglich. Alle Interessen wurden gegeneinander abgewogen. Auch das Hureninteresse hatte dabei sein Gewicht. Der „Molenkopf“ im Niehler Hafen war und ist ein ehrlicher, fairer Kompromiss. Den trägt auch die KölnPDS mit.

Text und Foto: breu

# Justitia ergreift Partei für die Ratsgruppen

## Gericht stärkt Ratsrechte zur Gruppenfinanzierung

Mit einem deutlichen Votum für die Regelungskompetenz des Rates, seine und die Angelegenheiten der Ratsmitglieder eigenverantwortlich zu regeln, hat sich am 23. Februar 2001 die 1. Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf ausgesprochen (1 K 8004/99). Das Urteil wird frühestens Anfang Mai rechtskräftig werden.

Anlass des Richterspruches unter Vorsitz des Gerichtspräsidenten Dr. Klenke war eine kommunalaufsichtliche Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf gegen einen Ratsbeschluss der Stadt Oberhausen, die den neu im Rat vertretenen Gruppen von FDP und PDS für ihre Rats-tätigkeit (freiwillige) öffentlich-rechtliche Zuwendungen zukommen lässt. Beiden Gruppen wird für die Laufzeit der Ratsperiode 1999/2004 ab 1.10.1999 jährlich zur Deckung des sächlichen Aufwandes jeweils ein Betrag in Höhe von 50 v.H. der Summen zugewendet, die eine Fraktion mit Mindeststärke (dort: drei, hier: vier) als Sockelbetrag erhält. Dazu kommt ein halber Betrag des für Fraktionen geltenden Steigerungsbetrages je Ratsmitglied und je BezirksvertreterIn (PDS dort: null, hier: drei), ferner eine einmalige Zuwendung für die Büroausstattung.

Für die PDS-Ratsgruppe Köln mit zwei Mandatsträgern wären damit die hälftigen Beträge – außer gesondertem Bezirksvertreter-Steigerungsbetrag – der kleinsten Ratsfraktion, das ist hier die FDP-Fraktion mit vier Ratsmitgliedern, zu den sächlichen und personellen Kosten ihrer Geschäftsführung im Ratsbüro Haus Neuerburg zuwendungsfähig.

In seiner überaus schlüssigen Begründung führt das Verwaltungsgericht aus, dass die rechtsgeschichtliche Entwicklung des Fraktionszuschusses“, so wie er im § 56 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i.d.F.v. 1.4.2000 gesetzlich normiert ist, und der Wegfall der Fünfprozent-Sperrklausel den Gemeinden die Kompetenz zur Regelung von Zuwendungen an Gruppen „nicht im Sinne eines generellen Verbots“ entziehe. Diese Sichtweise führe zudem zu einer verfassungskonformen Auslegung. Allerdings: Haben die Fraktionen einen gesetzlichen Anspruch (vgl. § 56 Abs. 3 GO NRW) auf (freiwillige) Zuwendungen, so kommen Gruppen nur dann in den Genuss von Haushaltsmitteln, wenn der jeweilige Rat dies im Wege einer Ermessensentscheidung regelt.

Das für alle freiwilligen öffentlich-rechtlichen Zuwendungen geltende Gebot der Gleichbehandlung und Verbot von Ermessensfehlern bringen nun Stadt und Rat gegenüber der Kölner PDS-Ratsgruppe in einen positiven Handlungszwang. Die vier Kölner Ratsfraktionen zogen sich

– von ihren Berührungsängsten mit einer demokratisch verfassten sozialistischen Partei einmal abgesehen – im wesentlichen auf zwei legalistische Scheinargumente zurück: zum einen verbiete die Gemeindeordnung generell Zuwendungen an eine Gruppe, zum anderen erteilten die Fraktionen keine „Mitwirkungserlaubnis“ an eine Gruppe. Das erkennende Gericht schreibt dazu den Fraktionen in „ihre“ Geschäftsordnung und in „ihre“ Antragsvorlagen: „Der durch Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG gewährleistete Status der Mitglieder des Gemeinderates als der Vertretung des Volkes auf Gemeindeebene wird dadurch bestimmt, dass die Vertretung des Volkes vom Gemeinderat als Ganzem, das heißt in der Gesamtheit seiner Mitglieder als Volksvertreter bewirkt wird. Dies setzt grundsätzlich die gleiche Mitwirkungsbefugnis aller voraus. Eine Ungleichbehandlung kann angesichts dessen nur bestehen, wenn dafür sachliche Gründe vorhanden sind und die Ungleichbehandlung die für das Mandat wesentliche gleichberechtigte Mitwirkung im Gemeinderat und gegebenenfalls seinen Ausschüssen nicht beeinträchtigt.“

Dem Einwand, Gruppen von zwei Ratsmitgliedern seien nicht arbeitsfähig und könnten nicht die allgemeinen Zahlungsvoraussetzungen rechtfertigen, begegnet die Kammer folgerichtig mit dem Hinweis, dass gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 GO NRW bei Räten mit bis zu 57 Ratssitzen bereits zwei Ratsmitglieder zur Fraktionsbildung genügen; dann wären in diesem Rat theoretisch also bis zu 28 Fraktionen möglich!

Nach alledem bleibt den Ratsfraktionen und der Ratsgruppe anzuraten, aufeinander zuzugehen und dem Richterspruch in Köln Geltung zu verschaffen.

*breu*



### ■ Geschäftsordnung

#### „Lex PDS“ –

so nannte der Kölner Stadt-Anzeiger die Änderungen der Geschäftsordnung im Rat. Jörg Detjen dazu: Wir wollen die Kleiderordnung nicht ändern. Deshalb haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, der eine Beibehaltung der bestehenden Geschäftsordnung vorsieht. T-Shirts mit politischen Aussagen, grüne Jacken und schwarze Hosen, blaue Fliegen oder rote Schlipse stören unsere Ratssitzungen nicht in sonstiger Weise wie es in der neuen Geschäftsordnung steht.

Wo bleiben eigentlich die Kölner Großzügigkeit und die Kölner Offenheit für Ungezwungenes in dieser neuen Geschäftsordnung? ...

Missstände ankreiden und Öffentlichkeit schaffen, das ist unsere Aufgabe als kleine Oppositionspartei. Das sind legitime Rechte, die man uns streitig machen will. Uns wundert immer wieder, wovor Sie eigentlich Angst haben? Öffentlichkeit und Transparenz sind doch der beste Schutz für Jedermann!

Warum müssen Sie, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., nach einem Jahr Herrschaft in Köln gleich die Geschäftsordnung ändern? Nicht wegen der neuen Gemeindeordnung; das hätte man auch so einbauen können. Und warum, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, müssen Sie für diese Einschränkung demokratischer Rechte auch noch Pate stehen?

## Termine

Jeden Mittwoch, 18.00 Uhr: Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratsbüro, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3.

**Dienstag, 1. Mai**

### **Maidemonstration des DGB.**

Beginn 10 Uhr ab Hans-Böckler-Platz.  
Kundgebung ab 11 Uhr, Altermarkt  
Anschließend Kulturprogramm

